

**Dr.<sup>in</sup> Anna Sporrer**  
Bundesministerin für Justiz

Herrn  
Dr. Walter Rosenkranz  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.239.953

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)759/J-NR/2025

Wien, am 27. Mai 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Lausch, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. März 2025 unter der Nr. **759/J-NR/2025** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Asylstatus für Strafgefangene und ehemalige Strafgefangene“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 6:**

- 1. *Wie viele Insassen haben in den Jahren 2023 und 2024 während der Verbüßung einer Untersuchungshaft oder einer Haftstrafe bzw. einer Maßnahme einen Antrag auf Asyl, Duldung oder humanitären Aufenthalt gestellt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren, Justizanstalten, Haftform, Titel des Antrages und Staatsangehörigkeit)*
- 2. *Wie viele dieser Insassen erhielten einen Asylstatus, eine Duldung oder einen humanitären Aufenthalt gewährt? (Bitte um Aufschlüsselung analog der Frage 1)*
- 3. *Wie viele dieser Insassen wurden im Asylstatus, der Duldung oder des humanitären Aufenthaltes wieder durch strafbare Handlungen polizeilich auffällig? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren, Staatsangehörigkeit und Delikten)*
- 4. *Wie viele Insassen haben in den Jahren 2023 und 2024 innerhalb eines Jahres nach Verbüßung einer Haftstrafe einen Antrag auf Asyl, Duldung oder humanitären Aufenthaltes gestellt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren und Staatsangehörigkeit)*

- 5. *Wie viele Insassen haben in den Jahren 2023 und 2024 innerhalb eines Jahres nach Verbüßung ihrer Haftstrafe Asyl, Duldung oder humanitären Aufenthalt gewährt bekommen? (Bitte um Aufschlüsselung analog der Frage 4, sowie nach Delikten und - soweit dem BMI bekannt - Strafdauer der einzelnen Insassen)*
- 6. *Wie viele aus dem Straf- bzw. Maßnahmenvollzug entlassene Fremde wurden in den Jahren 2023 und 2024 wieder durch strafbare Handlungen auffällig? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren, nach Staatsangehörigkeit und nach Delikten)*

Wie bereits zur gleichlautenden Voranfrage Nr. 15342/J-NR/2023 angemerkt, verfügt das BMJ mangels automationsunterstützter Auswertungsmöglichkeit über kein einschlägiges Zahlenmaterial zur Beantwortung dieser Fragen. Die Justizanstalten sind als Vollzugsbehörden aus Anlass der Verbüßung einer Freiheitsstrafe oder der Unterbringung im Maßnahmenvollzug eines Fremden verpflichtet (§§ 30 BFA-VG, § 105 FPG, § 37 NAG), die in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Inneres fallenden Fremdenbehörden von dessen Haftantritt und deren Beendigung zu verständigen.

Dr.<sup>in</sup> Anna Sporrer

